

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbn d



Inhalt

Jürgen Egert MdB, Landesvorsitzender der Berliner SPD, begründet, weshalb die Berliner SPD einer Gedenkfeier zum 20. Juli fernbleibt: Geißler-Provokation. Seite 1

Dietmar Franzke MdL weist auf den mangelnden Brandschutz in bayerischen Heimen und Krankenhäusern hin: Hoffen und Beten. Seite 2

Horst Peter MdB setzt sich mit dem Bangemann-Appell auseinander, kleine Unternehmen zu gründen: Aufforderung zum Vabanque-Spiel. Seite 3

Dokumentation
Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, legte am Dienstag in Bonn ein Zehn-Thesen-Papier zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa vor. Seite 5

40. Jahrgang / 132

16. Juli 1985

Geißler-Rede ist eine Provokation

Die Berliner SPD wird an der Gedenkfeier zum 20. Juli nicht teilnehmen

Von Jürgen Egert MdB
Landesvorsitzender der Berliner SPD

Die Reaktion des Senats und der Bundesregierung auf den Appell der Berliner SPD, Heiner Geißler als Redner zum 20. Juli zurückzuziehen, ist borniert und zeugt von schlechtem politischem Stil. Beide Stellen lassen keinerlei Bereitschaft erkennen, über diese nationale Gedenkveranstaltung einen Konsens zwischen den großen Parteien herzustellen. Vielmehr wollen Bundesregierung und Senat mit Heiner Geißler als Redner die Sozialdemokraten offensichtlich provozieren. Die seltsame Art der Vorbereitung dieser Gedenkfeier, die mit der SPD in keiner Weise besprochen wurde, sowie die Tatsache, daß der Name des Hauptredners bis kurz vor der Gedenkfeier nicht genannt wurde, untermauern diesen Eindruck.

Die Berliner SPD wird an einer Gedenkfeier mit Heiner Geißler nicht teilnehmen. Mit seinem Satz "der Pazifismus der 30iger Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht" sowie mit vielen anderen damo-gischen Bemerkungen hat Geißler sich selbst als Redner für eine Veranstaltung disqualifiziert, auf der der Widerstand gegen das Nazi-regime gewürdigt werden soll. Geißler hat diese Aussage nie zurück-genommen. Ossietzky oder die Geschwister Scholl waren Pazifisten der 30iger Jahre, sie waren ein Vorbild für Pazifisten heute, sie leisteten friedlichen Widerstand, weil sie an eine friedliche Welt glaubten, und sie starben dafür. Kein offizieller Vertreter der Berliner SPD wird sich der Zumutung einer Geißler-Rede zu diesem Anlaß aussetzen.

Die Berliner Sozialdemokraten werden die Opfer des Nationalsozialismus mit unserer Teilnahme an der Kranzniederlegung am 20. Juli in der Gedenkstätte Stauffenbergstraße ehren und darüber hinaus am 19. Juli zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten und dem "Bund der Verfolgten des Naziregimes" eine Gedenkveranstaltung am Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus am Steinplatz durchführen.
(-/16.7.1985/rs/ks)

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heusesallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

+ + +

Verpflichten Umweltschutz
mit dem Umweltzeichen
Recycling-Papier



Hoffen und Beten

Alte Menschen in bayerischen Heimen werden nicht wirksam vor Bränden geschützt

Von Dietmar Franzke MdL

Die Sorglosigkeit und Leichtfertigkeit, mit der die Staatsregierung die brisante Frage des Brandschutzes in Krankenhäusern und insbesondere in Altenheimen behandelt, ist scharf zu kritisieren. Die Staatsregierung hat bis heute keine Konsequenzen aus einem von SPD-Abgeordneten herbeigeführten Beschluß des Landtags vom 16. Dezember 1980 gezogen. Damals - vor fast fünf Jahren - wurde die Staatsregierung unter anderem aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die Brandgefahr in Krankenhäusern und Heimen durch entsprechende Maßnahmen und Kontrollen verringert wird.

Mir liegen Informationen vor, nach denen zwar eine große Aktion durchgeführt, aber von der Staatsregierung keine konkreten Konsequenzen gezogen wurden. So kann man zum Beispiel im Regierungsbezirk Niederbayern kein einziges Altenheim antreffen, in dem nicht eine gewisse vermeidbare Gefährdung der dort untergebrachten Personen vorhanden ist. Daß es in anderen Regierungsbezirken Bayerns ähnlich aussieht, ist nicht zu bezweifeln, insbesondere dort, wo Altenheime in alten Schlössern oder überhaupt in alten Gebäuden untergebracht sind.

Die gravierenden Mängel, die laut Aussagen von Fachleuten nicht nur für alle alten Altenheime, sondern auch für neue im Hinblick auf den Personenschutz zu registrieren sind, werden bestätigt durch einen Erfahrungsbericht der Feuerwehr anläßlich des Altenheimbrandes in Kelheim im Oktober 1982. Diesem Bericht ist zu entnehmen, daß es allein dem vorbildlichen Zusammenwirken von Pflegepersonal und Feuerwehrmännern zuzuschreiben war, daß "nur" 17 Personen mit Verdacht auf Rauchvergiftung in das Kreiskrankenhaus eingeliefert werden mußten.

Dieser Bericht und die Schilderungen damaliger Retter veranlaßten mich in einer Schriftlichen Anfrage vom 8. Mai 1985 erneut, der Frage des Brandschutzes in Heimen nachzugehen. Gerade der Brand in Kelheim zeigte deutlich, welche Schwierigkeiten die freiwillige Feuerwehr bei der Rettung der Bewohner und bei der Brandbekämpfung hatte, obwohl es sich um eine gut ausgerüstete und einsatzstarke Städtische Feuerwehr handelte und der Brand in einem erst 1977 übergebenen Altenheim ausbrach.

Ich stelle an die Staatsregierung nun die Frage, welche Konsequenzen bisher aus dem Beschluß des Bayerischen Landtags von 1980 gezogen wurden. Des weiteren habe ich die Staatsregierung gefragt, ob es vertretbar ist, die Auswertung der Überprüfungsergebnisse der Krankenhäuser und Heime über einen Zeitraum von fünf Jahren hinzuziehen und welche Maßnahmen geplant sind für den Fall, daß die angetroffenen Zustände nicht belassen werden können. Fragen nach den Kosten beziehungsweise den finanziellen Hilfen für die Heimträger und der Verantwortung für die Sicherheit der in den Heimen untergebrachten Menschen habe ich angeschlossen. Offenbar überläßt man die alten Menschen sich selbst - nach dem Motto Hoffen und Beten.

(-/16.7.1985/rs/ks)

+ + +



Vabanque-Spiel mit der Existenz

Feststellungen zu Bangemanns Appell, kleine Unternehmen zu gründen

Von Horst Peter MdB

Die Katze aus dem Sack gelassen, eingestanden, wohin der beschäftigungspolitische Zug der Bundesregierung geht, hat nun Bundeswirtschaftsminister Bangemann mit einer Anzeigenserie: "So werde ich mein eigener Chef." Existenzgründungswillige werden über Beratungs- und Kreditangebote, mögliche Marktnischen informiert. Bangemann preist das Ziel "neue Selbständigkeit", aber auch das Beschäftigungsförderungsgesetz:

- Da beginnt die frühere Sekretärin einen Büroservice für Handelsvertreter oder kleine Handwerksbetriebe, nimmt deren Anrufe entgegen, macht Termine, erledigt Korrespondenz und Rechnungen.
- Junge Leute beginnen einen Brötchen- und Milchservice...
- Wer eine Spezialausbildung (?) oder besondere Kenntnisse hat ... eröffnet als Strickkünstlerin einen Woll-Laden."

Angesichts solcher Existenzgründungsvorschläge erklärt Bangemann: "Neue Unternehmen bringen frischen Wind, Dynamik, Innovationen und neuen Mut ins Wirtschaftsleben." Billige und willige Arbeitskräfte soll das Beschäftigungsförderungsgesetz den Existenzgründern bereitstellen: "...ergibt fast immer die Notwendigkeit zur Einstellung von Mitarbeitern wenigstens stundenweise oder halbtags ... mit befristeten Zeitverträgen bis zu 24 Monaten."

Festzuhalten ist:

Nichts mehr ist mit "high tech" und "Silicon Valley". Große Hoffnungen weckte die Bundesregierung mit ihrer Ankündigung, die Bedingungen für eine "high tech"-Explosion ähnlich Silicon Valley zu schaffen, damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken und damit eine Vielzahl neuer und zukunftsträchtiger Arbeitsplätze zu gewinnen. Bundeskanzler Kohl: "Wir werden auf den Weltmärkten nur konkurrenzfähig bleiben, wenn wir ... an der Spitze der technologischen Entwicklung marschieren." Die Bundesrepublik sollte in einen Talentschuppen, jede Garage in ein high tech-Labor verwandelt werden. Mit der Schwerpunktbildung für die Existenzgründungspolitik in den Sektoren der einfachen Dienstleistungen verabschiedet sich die Bundesregierung von diesen Vorstellungen. Entschieden gedämpft wurden diese Vorstellungen schon in den letzten Monaten durch mehrere Gutachten, in denen Gemeinden und Länder vor allzu großen Hoffnungen, die mit der Gründung von Technologieparks verknüpft wurden, gewarnt werden.

Es kann kaum noch von seriöser Beratung für Gründungswillige und seriöser Mittelstandspolitik geredet werden, wenn Arbeitnehmer und Arbeitslose überredet werden, sich mit der Devise "Klein anfangen und sehen, wie die Entwicklung läuft" (Bangemann) selbständig zu machen. Häufig läuft die Entwicklung nicht so "wie man es sich vorgestellt hat". Bangemann überredet die Existenzgründer zu einem Vabanque-Spiel. Ein Blick in die Insolvenzstatistik genügt. Dort sind solche Unternehmen zuhauf vertreten. So sind im Raum München innerhalb von vier Jahren von 21.000 neugegründeten Unternehmen 40 Prozent pleite gegangen.

Unter Existenzgründungsberatern ist es zudem kein Geheimnis, daß gerade viele der von Bangemann gepriesenen Marktnischen längst dicht sind, von der Gründung von Woll-Läden, Bio-Läden oder Software-Büros dringend abgeraten werden muß. Bangemann weiß um das Schicksal vieler solcher Unternehmen.

Deshalb der Vorbehalt, daß es schief gehen kann. Nicht umsonst auch der Hinweis auf die hire and fire-Arbeitsverhältnisse, die das Beschäftigungsförderungsgesetz einräumt.

Schuldig geblieben ist die Bundesregierung bisher - obwohl schon mancher sein blaues Wunder mit ihr erleben konnte - das Beschäftigungswunder. Mit der Feststellung, Beschäftigungspolitik sei keine staatliche Veranstaltung, zog der Bundeskanzler inzwischen die Konsequenz aus der bisherigen Bilanz des wirtschaftspolitischen Handelns der Bundesregierung. Ihre Denkkapazitäten setzt die Bundesregierung folgerichtig nicht mehr für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern für die Manipulation und optische Aufhellung der Arbeitslosenstatistiken ein. In diese Richtung zielen auch einige der jüngsten Vorschläge von Minister Blüm. Sollten tatsächlich Arbeitsplätze entstehen, wird auch hier das amerikanische Vorbild Pate stehen: unterbezahlte und unterwertige "bad jobs" überwiegen.

Welchen Sinn macht nun diese angebliche Mittelstandsförderungspolitik? Soll sie die reale Tiefe und den realen Kern der Krise überdecken?

Der politische Effekt ist, daß viele der Existenzgründer und ihre Angestellten erst einmal aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden werden. Viele neue selbständige Existenzen können als Beweis wiedererwachten Optimismus, als Beweis für den vermeintlichen Aufschwung und die Revitalisierung der Wirtschaft erhalten. Ein Strohfeder, das bis zur nächsten Wahl unterhalten und dann in sich zusammenbrechen kann. Ideologisch - psychologisch fördert dies die Vorstellung, daß sich jeder - auf Kosten anderer - heraufstrampeln kann, fördert die Vorstellung, daß jeder für sich selbst verantwortlich seines Glückes Schmied ist. In diesen Vorstellungen enthalten ist die Erklärung für das vorauszusehende Scheitern, verantwortlich ist der Einzelne. Er war halt nicht clever genug.

Die Existenzgründungswelle führt zum Entstehen einer neuen Armutszone, der Zone "selbständiger Armut". Viele dieser Unternehmer werden am Rande der Subsistenzgrenze existieren müssen, arm aber selbständig. Sie werden, sollten sie Mitarbeiter einstellen, auf die Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes zurückgreifen, da sie sich ordentliche Arbeitsverhältnisse nicht leisten können. Rechtlose, unterwertig beschäftigte und untertarifliche bezahlte Mitarbeiter werden die Regel sein. Mit der Existenz dieser selbständigen Armutszone und der dort geschaffenen Arbeitsverhältnisse wird die Akzeptanz gegenüber dem Abbau des Sozialstaates und des Abbaus der Arbeitnehmerrechte gesteigert.

Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt werden die Kosten der Arbeit gesenkt, das erreichte Lohnniveau abgebaut. Selbständige Armut und Billig-Arbeitsverhältnisse weichen das Lohngefüge von unten auf. An der Basis dieser Einkommen orientiert können Tariflöhne nach unten sinken, daran orientiert kann das Leistungsgefüge des sozialen Sicherungssystems nach unten geöffnet werden. Andererseits wird die Abwärtsentwicklung des Lohngefüges und des sozialen Leistungsgefüges die Gründung von eigenen Unternehmen und das Eingehen von Arbeitsverhältnissen in diesem Sektor als annehmbare Alternative erscheinen lassen. Für die einen wird es sich wieder lohnen, sich als Dienstmädchen zu verdingen, die anderen können sich Dienstmädchen und Butler wieder leisten. In diesem Prozeß wird dann auch Realität werden, was Haussmann unter andere sich bis jetzt nur wünschen.

(-/16.7.1985/rs/ks)

+ + +



DOKUMENTATION

Karsten D. Voigt: Eine chemiewaffenfreie Zone schaffen

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe chemische Abrüstung und Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, Karsten D. Voigt, hat zur geplanten parlamentarischen Beratung über die Bildung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa am Dienstag in Bonn ein Thesen-Papier mit zehn Punkten vorgelegt. Wir dokumentieren es im Wortlaut.

1. Die Vereinbarung einer von chemischen Waffen freien Zone soll zu einem Kernstück einer zweiten Phase der Ostpolitik werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird deshalb im Herbst dieses Jahres im Deutschen Bundestag einen Entschließungsantrag einbringen, in dem sie von der Bundesregierung die Aufnahme formeller Verhandlungen mit den Regierungen der DDR und der CSSR über die Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa verlangt.
2. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, bereits in den nächsten Wochen auf diplomatischem Wege in Gesprächen mit den Regierungen der DDR und der CSSR die Aufnahme von künftigen Verhandlungen im Einzelnen vorzubereiten, damit diese sobald wie möglich auch formell beginnen können.
3. Die Bundesregierung sollte in Gesprächen mit den Vereinigten Staaten, die als einziger Bündnispartner gegenwärtig chemische Waffen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland lagern, klären, unter welchen Voraussetzungen sie zum Abzug dieser Waffen bereit sind. Bisher bestand eine Übereinstimmung zwischen allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, daß die Stationierung neuer chemischer Waffen in der Bundesrepublik Deutschland abzulehnen sei. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat nach Gesprächen mit US-Verteidigungsminister Weinberger am 7. Juni 1985 erklärt, daß die Vereinigten Staaten zum einseitigen Abzug ihrer bisher in der Bundesrepublik stationierten chemischen Waffen bereit sei. Die SPD geht davon aus, daß die Vereinigten Staaten deshalb erst recht zu einem Abzug ihrer chemischen Waffen bereit wären, wenn diese nicht nur einseitig vom Gebiet der NATO, sondern beidseitig, also auch vom Gebiet der DDR und der CSSR vollzogen würde.
4. Die SPD erwartet, daß die Bundesregierung alsbald auch in Beratungen mit den Regierungen Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande eintritt, um abzuklären, ob diese Staaten zu einem Beitritt zu einer chemiewaffenfreien Zone bereit wären, falls von den Staaten des Warschauer Paktes auch die Volksrepublik Polen sich den Verpflichtungen eines solchen Abkommens unterwerfen würde.
5. Die Bundesregierung sollte bereits jetzt in Konsultationen mit den übrigen Staaten Europas eintreten, um Möglichkeiten für eine schrittweise räumliche Ausdehnung der chemiewaffenfreien Zone auf ganz Europa zu prüfen. Die gemeinsame Arbeitsgruppe von Vertretern der SPD-Bundestagsfraktion und der SED wird in den kommenden Wochen alle Delegationen der Stockholmer KVAE-Konferenz über ihre Vorschläge für ein Abkommen zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa unterrichten.
6. Die Initiative zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa entspricht dem Wortlaut und dem Geist des zwischen der Bundesrepublik und der DDR vereinbarten Grundlagen. Es ist zu bedauern, daß die Bundesregierung im Widerspruch zum Geist und Wortlaut des Grundlagenvertrages in einen abrüstungspolitischen Dauerschlaf verfallen ist. Von der gegenwärtigen Bundesregierung gehen keine neuen abrüstungspolitischen Ideen aus. Die sozialliberalen Bundesregierungen waren Vorreiter der Entspannungspolitik. Die gegenwärtige Bundesregierung ist europäischer Nachzügler in



der Abrüstungspolitik geworden. Aber nur durch die Bereitschaft zu eigenen abrüstungspolitischen Initiativen würde die Bundesregierung ihrer wiederholt deklarierten Verpflichtung gerecht, daß vom deutschen Boden kein Krieg ausgehen, sondern vom deutschen Boden Frieden ausgehen soll.

7. Die SPD beginnt noch vor der für den Herbst geplanten parlamentarischen Diskussion jetzt im Juli mit einer breit angelegten Informationsaktion über die Vorschläge der gemeinsamen Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion und der SED zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa. Bereits mehrere Bezirksparteitage der SPD haben diese Vorschläge unterstützt. Bei den sozialdemokratischen Bruderparteien sind die Vorschläge auf großes Interesse und eine breite Zustimmung gestoßen. Die SPD wird dafür sorgen, daß diese Vorschläge solange nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion verschwinden werden bis sie entweder von der jetzigen Bundesregierung offiziell unterstützt und aufgegriffen oder von einer künftigen sozialdemokratisch geführten Bundesregierung in die Tat umgesetzt werden.
8. Die Bundesregierung wird endlich über ihre bisherige abrüstungspolitische Rhetorik hinaus deutlich machen müssen, aufgrund welcher abrüstungspolitischen Analyse, Ziele und Prioritäten sie zu dem von Bundeskanzler Kohl wiederholt versprochenen Frieden mit immer weniger Waffen gelangen will.
 - Steht sie weiterhin im Konsens aller im Bundestag vertretenen Parteien gegen die Stationierung neuer chemischer Waffen oder ist sie dem Wunsch des US-Repräsentantenhauses folgend zur Stationierung neuer chemischer Kampfstoffe in der Bundesrepublik bereit?
 - Unterstützt sie mit Alfred Dregger den einseitigen Abzug chemischer Waffen aus der Bundesrepublik oder setzt sie sich im Sinne des gemeinsamen Vorschlages der Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion und der SED für den Abzug von chemischen Waffen aus den Staaten beiderseits der Grenzen von NATO und Warschauer Pakt ein?
 - Sagt die Bundesregierung einen baldigen Abschluß der Genfer Verhandlungen über ein weltweites Verbot der chemischen Waffen voraus oder tritt sie mit der SPD und im Sinne des Grundlagenvertrages für eine Initiative zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa als wichtigen Schritt hin auf die weltweiten Abschaffung von C-Waffen ein?
9. Wie immer die Bundesregierung sich entscheidet, nachdem sie jetzt einen Monat Zeit zur sorgfältigen Prüfung der Vorschläge zur Bildung einer von C-Waffen freien Zone gehabt hat, verlangt die SPD und mit ihr die deutsche Öffentlichkeit jetzt eine detaillierte Stellungnahme und eigene entweder zustimmende, ergänzende oder auch alternative abrüstungspolitische Vorschläge und Initiativen der Bundesregierung.
10. Friedenspolitik ist für alle europäischen Staaten zu wichtig, als daß man sie allein den beiden nuklearen Weltmächten überlassen dürfte. Es ist zu begrüßen, daß die USA und die UdSSR in Genf Abrüstungsgespräche führen. Es ist erfreulich, daß es zu einem Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow kommen wird. Aber es ist zu bedauern, daß die Bundesregierung keine abrüstungspolitischen Konsequenzen aus der Tatsache zieht, daß Mitteleuropa bisher das am meisten militarisiertere Gebiet der Welt ist. Von dieser Zone der Überrüstung sollten künftig Signale des Abrüstungswillens und Impulse der Vertrauensbildung ausgehen. Wer unmittelbar an der Grenze von NATO und Warschauer Pakt Vertrauen fördert und Schritte zur Abrüstung bewirkt, dient dem Frieden in Europa insgesamt.